

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

24.5.1861 (No. 121)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 24. Mai.

N. 121.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Juni der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 23. Mai. Laut allerhöchster Ordre vom 22. d. M. rückt Lieutenant Adalbert von Röder, bisher aggregirt im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, in den effektiven Stand seiner Charge ein.

Stabsquartiermeister Friedrich Eckert im 2. Jägerbataillon wird, mit Veretzung zum 5. Infanterieregiment, zum Regimentsquartiermeister befördert.

Stabsquartiermeister Karl Meyer, im früheren 3. Jägerbataillon, wird zum 2. Jägerbataillon veretzt.

Durch eine weitere a. h. Ordre wird verschiedenen Angehörigen des großh. Armeekorps die Dienstaufschriftung verliehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Adresse an Sir Henry Verney.

Hamburg, 18. Mai.

Die schon erwähnte Adresse, die von hier aus mit zahlreichen Unterschriften erster Kaufleute und Mitglieder des Obergerichts und Handelsgerichts, den Präsidenten und Vizepräsidenten der Bürgerschaft an der Spitze, nach London abgegangen ist, lautet, wie folgt:

An Sir Henry Verney, M. P., London.

Hochgehrter Herr! Sie sind der Erste, welcher im britischen Parlament und folglich vor aller Welt das Wort ergriffen hat für die Sache der durch Dänemark unterdrückten deutschen Herzogthümer Schleswig und Holstein. Wir unterzeichneten Bürger und Einwohner dieser freien und hanseatischen Städte fühlen uns veranlaßt, Ihnen die lebhafteste Anerkennung und den warmsten Dank auszusprechen, wovon wir mit Bestimmtheit sagen können, alle deutschen Patrioten erfüllt sind. Wir reden nur in unserem eigenen Namen; aber seien Sie versichert, daß unsere Worte der Ausdruck der öffentlichen Meinung Deutschlands sind.

Mit Recht traten Sie denen entgegen, welche in dieser Frage nichts weiter sehen wollten, als die ehrgeliebten Absichten Preußens, nichts als den Wunsch Preußens, durch den Erwerb von Kiel eine Seemacht zu werden. Nehmen Sie überhaupt als gewiß an, daß wir in Deutschland weit eher über zu wenig als über zu viel preussischen Ehrgeiz uns zu beklagen pflegen.

Sie konnten darauf hinweisen, daß Deutschland aus keinem andern Grunde für die Rechte der Herzogthümer auftritt, als aus dem, mit welchem jedes ehrliche und gewissenhafte Volk seine unterdrückten Landesleute in Schutz nehmen würde. Ganz England geriet in leidenschaftliche Aufregung wegen Kapitän Macdonald's — dessen Recht mehr als zweifelhaft war —, und England verwundert sich, daß Deutschland nicht kühnlich zuseht, wie Tausende von Deutschen durch Dänemark mißhandelt werden, wobei, wie ich Ihnen mit einem Ophenerer'schen Fische mache? Ja oder nein? und seine Stimme verstieg sich zum Dröhlen.

Herr Hullings, verzeihe ich, einem so unbilligen und ungerechten Verlangen werde ich nun und nimmer nachgeben. Mein Wunsch war, hier auf gutem Fuß mit Ihnen zu leben. Ich habe keine Ihrer Insulten geahndet, ich muß Sie aber jetzt bitten, sich aus meinem Zelt zu entfernen.

*kg. Ein Arzt in Kalifornien.

(Fortsetzung.)

Dr. Hullings trat in's Zelt mit einem Nachtrag von mehreren bezaunten Knaufbollen und einigen unterwegs aufgesehenen Mäsigängern. Draußen ließ sich das Summen eines zahlreichen Menschenhaufens vernehmen, der ohne Zweifel sich gesammelt hatte, um den Spaß mit anzusehen, und wie Hullings seine Drohung, den „Britischer“ durchzupeitschen, ausführen werde. Art und Blick meines Widersachers waren so feindselig und beleidigend als möglich. Die Hände in den Rocktaschen, renommirte er auf mich zu und brüllte mich an: „Sie erbärmlicher Erzbuksmäuser, Sie — Sie verstopfene muckerische britische Hundes-Brut von einem puschenden Knochenrenker, getrauen Sie sich, einem Mann in's Gesicht zu sehen?“

Der Schwarm scherte und grünte.

„Herr Hullings,“ sagte ich, „ich getraue mir, Ihnen in's Gesicht zu sehen, das kann ich Ihnen versichern. Warum verlästern Sie mich, Herr Doktor? — warum verfolgen Sie mich bis in meine Wohnung auf diese Art? Habe ich Sie beleidigt, so sagen Sie mir, wie? wenn aber nicht, so —“

„Halten Sie Ihr Maul,“ schrie Hullings barsch; „wir brauchen Ihr glatzköpfiges Geschwätz hier nicht, das kann ich Ihnen sagen. Man hat Sie gewarnt vor'm Jagen in meinem Revier. Wollen Sie sich fortziehen, ehe ich Ihnen mit einem Ophenerer'schen Fische mache? Ja oder nein?“ und seine Stimme verstieg sich zum Dröhlen.

„Herr Hullings,“ verzeihe ich, „einem so unbilligen und ungerechten Verlangen werde ich nun und nimmer nachgeben. Mein Wunsch war, hier auf gutem Fuß mit Ihnen zu leben. Ich habe keine Ihrer Insulten geahndet, ich muß Sie aber jetzt bitten, sich aus meinem Zelt zu entfernen.“

Folge von Verträgen und Nebereinkünften hat Deutschland das bestimmte Recht, sich der Herzogthümer anzunehmen. Lord John Russell selbst hat noch in diesem Jahr, ehe das selbständige Auftreten Preußens in der jüdischen Angelegenheit ihr verstimmt, in einem offiziellen Dokument Dänemark mindestens „in seiner Ehre gebunden“ erklärt, Das zu thun, was die deutschen Mächte für die Herzogthümer verlangten. Aber es ist nicht bloße Ehrenpflicht, sondern eine vertragmäßige Verbindlichkeit, auf welche sich Deutschland beruft. Diese von Dänemark jetzt völlig verläugneten Stipulationen sind genau dieselben, vermöge deren der Deutsche Bund Holstein an die dänische Krone zurückgab, indem er die schleswig-holsteinische Armee entwarf.

Beachten Sie, hochgehrter Herr! was daraus folgt, wenn Dänemark die Verbindlichkeit der Akte von 1851 und 1852 nicht mehr anerkennt und dieselben jorbührend verlegt. Dann existiren diese auch nicht weiter für den andern kontrahirenden Theil, und dann beruft sich Deutschland auf das uralte Recht, welches das Herzogthum Holstein seit dem Jahr 1460 besitzt, nämlich mit dem Herzogthum Schleswig für alle Zeiten verbunden zu bleiben. Als im Jahr 1460 die Stände der beiden Herzogthümer dem Neffen ihres letzten Herzogs die Krone anboten, da machten sie es zur Bedingung der freien Wahl, daß Schleswig und Holstein nicht von einander getrennt werden dürften. Dies war die conditio sine qua non, welcher der König von Dänemark den Thron der beiden Herzogthümer verbandt. Hätte Christian I. diese Bedingung nicht angenommen, so würde niemals ein dänischer König Herzog von Schleswig und Holstein geworden sein.

Einem so hohen Werth setzte schon vor vierhundert Jahren das Volk von Holstein und von Schleswig auf die Union der beiden Lande. Eben so heilig ist sie heute noch diesem Volke, welches sich durch die volle Charakterstärke und Fähigkeit Ihres angelsächsischen Stammes auszeichnet.

Lord John Russell hat zugegeben, daß die alte Union bis 1848 bestand; aber er nannte sie „unwesentlich“. Das ist eine Auffassung, welche der edle Lord direkt aus Dänemark bezogen hat und die er nicht zu rechtfertigen vermag. Denn die Hauptursache der Feindschaft zwischen Dänemark und den Herzogthümern liegt eben darin, daß eine dänische Partei versucht hat, Schleswig von Holstein zu trennen, um Schleswig in Dänemark einzuverleiben, Schleswig will aber keine Repeal seiner Union mit Holstein, wie die Dänen sie beschließen. Wieder würden sich beide Herzogthümer von Dänemark trennen, als das eine von dem andern. Und wenn es ein Mittel gibt, die Herzogthümer mit Dänemark zu verüben, so ist es kein anderes, als daß Dänemark die Bedingung von 1460 erfüllt und die Union von Schleswig und Holstein wieder herstellt.

Inmitten so vieler Veränderungen im Territorialbestande von Europa, wodurch mitunter Verbesserungen in dem Schicksal der Völker erreicht sind, legen die Herzogthümer auf ihre uralten historischen Rechte ein so bedeutendes Gewicht, weil die dänische Regierung bei den von ihr erzielten Neuerungen gegenüber Schleswig und Holstein auch nicht das geringste Maß von Gerechtigkeit und Billigkeit beobachtet.

Im Parlament haben Sie berichtet, daß die dänische Regierung kein Kind deutscher Eltern in Schleswig zur Konfirmation zulasse, bevor es nicht dänisch gelernt habe. Der Glaube an Christus ist für die Postulanten von Kopenhagen nur ein Mittel der Propaganda für den Glauben an Dänemark! Die Apostel haben nicht gewollt, daß ein Heide erst Jude würde, um die Taufe zu empfangen; die Dänen aber fordern, daß ein deutscher Schleswiger erst Däne werde, ehe er zum Abendmahl zugelassen wird. Die dänische Regierung erklärt nämlich die Konfirmation, diesen wichtigen Akt des Lebens, nicht für etwas Kirchliches, wie er doch im ganzen protestantischen Deutschland, in Schweden und Norwegen, in Dänemark selber ist, sondern für einen bürgerlichen Akt, über den sie allein Gewalt habe. Die eine Konfession, welche sie gemacht hat, nachdem Eng-

land energisch auf Konfessionen gedrungen hatte, bestand darin, daß die Schlußfeierlichkeit in deutscher Sprache stattfinden darf; aber der ganze vorhergehende Religionsunterricht, die Einweisung der Kinder in ihre christlichen Pflichten, soll nach wie vor dänisch bleiben, also an eine für die Kinder größtentheils unverständliche Sprache gebunden sein. Als ein Engländer von einfachem Gemüth haben Sie offenbar dieses dänische Erziehungssystem sich gar nicht vorstellen können! Dagegen ist es für uns kaum begreiflich, daß Lord John Russell, von dem wir wohl wissen, welche namhafte Verdienste er sich um das Erziehungswesen Englands erworben hat, eine so halbe und unredliche Maßregel als einen Akt der Veröhnung empfehlen konnte.

Doch was sollen wir Sie ermüden mit Aufzählung aller der beglaubigten Thatsachen, welche beweisen, daß Kirche und Schule in dem Herzogthum Schleswig von den Dänen mißbraucht werden, um die Schleswiger zu Dänen zu machen, und daß das seit Jahrhunderten gottesfürchtige Volk dieses Landes in der unlängbaren Gefahr schwebt, die Religion geringschätzen zu lernen, weil sie ein Werkzeug der verhassten dänischen Propaganda geworden ist! Schon bezeichnet der Volksmund die dänischen Geistlichen, welche sich in die meisten schleswigischen Pfarren gedrängt haben, als die „schwarzen Gendarmen“; bereits ist es in diesem sonst so frommen Lande keine Seltenheit mehr, daß die Kirchen leer stehen. Alle diese Beschwerden, deren Wahrheit die dänische Regierung dadurch selbst zugegeben hat, daß sie jene theilweise Abstellung derselben als eine scheinbar große Konfession angeboten, alle diese und zahlreichere andere Mißhandlungen Schleswigs sind in einem offiziellen Aktenstücke zusammengefaßt worden: in der Adresse an den König von Dänemark, welche die überwiegende Mehrheit der Stände von Schleswig im vergangenen Jahr beantragt hatte. Diese Adresse hat im schleswig'schen Parlament nicht einmal debattirt werden dürfen. Selbst die Verbreitung derselben ist als Verbrechen bestraft worden. Der Weg zum Throne des Landesherren blieb ihr verschlossen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

*** Karlsruhe, 23. Mai.** Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm am 21. d. M. wegen der bei den Gefechten im Kaukasus thatigen Tapferkeit das Ritterkreuz des Karl-Friedrich-Militär-Verdienst-Ordens verliehen.

*** Karlsruhe, 22. Mai.** Auf die erhaltene Kunde von dem Brandunglück, welches die Bewohner des Städtchens Gransfeld betroffen, haben Se. Königl. Hoheit der Großherzog mit gewohnter fürsüchtiger Großmuth aus Höchstherr Handkasse die reiche Gabe von vierhundert Gulden dem Präsidenten des Ministeriums des Innern für die der Hilfe Bedürftenden zustellen lassen.

*** Aus dem Mittelrheinkreis, 21. Mai.** Das Verwaltungsblatt für die vereinigte evangelisch-protestantische Kirche gibt in Nr. 4 vom 15. d. M. eine Darstellung der Einnahmen und Ausgaben des alt- und neubadischen evang. Pfarr-Wittwen-Fiskus pro 1. Juni 1859/60. Wir entnehmen daraus, daß ersterer sein Vermögen um 3952 fl. 32 kr. vermehrt hat und somit auf 277,962 fl. 35 kr. steht. Der neubadische Fiskus ist von 163,417 fl. 38 kr. auf 168,982 fl. 45 kr., also um 5565 fl. 7 kr. gestiegen. Der erstere hat in 11 Kamerariaten bei 247 Kontribuenten an 93 Benefiziaten 14,684 fl. 6 kr., der andere in 10 Kamerariaten bei 202 Kontribuenten an 65 Benefiziaten 9940 fl. 44 kr. verausgabt. Der altbadische erforderte an Verwaltungskosten 979 fl. 36 kr., der neubadische 574 fl. 8 kr. Dasselbe Verwaltungsblatt bringt auch

Ihr Bramarbasiten abschreden lassen, Sie mit Gewalt aus meiner Wohnung zu bringen.“

Hullings, anstatt mit mir sich zu balgen, wie ich erwartete, drehte sich mit einem höhnischen Lächeln zu seinen widerspernden Spießgesellen um. Sie schienen zu überlegen und einen augenblicklichen Rath zu halten, worauf Hullings mit falscher Höflichkeit eine Ansicht meiner „Diplome u. s. w.“ sich erbat. Paul stürzte mir zu, ich solle ihm nicht den Willen thun, allein ich mochte den Rath nicht annehmen. So öffentlich angefordert, meine Papiere zu zeigen, konnte ich mich nicht weigern, ohne der Bewilligung eine Handhabe zu geben. Allein kaum hatte Hullings die Urkunden fest in der Hand, so brach er in ein schallendes Gelächter aus, das seine Genossen nachwieserten, rief mit Bedacht die Papiere mitten durch, und schleuderte sie mir, der immer noch sah, vor die Füße, und hinterdrein einen vollen Strauß Tabaksbrühe, der mir das Gesicht über und über besudelte. Das ging über alle Menschengebilde! Auf sprang ich mit einem Satz, allein so sink auch die Wuth macht, hatte die Enttäuschung einen Andern stinker noch gemacht, denn Paul Glom kam mir zuvor, und schlug den Doktor mit einem furchtbaren Faustschlag nieder, wie einen Ochsen mit dem Schlagbeil. Auf taumelte der Doktor, blutend und wüthend, und rief im Aufstehen sein Boviemeffer heraus und stürzte sich auf meinen Kämpen; allein unter der Menge waren ordentliche Leute, und der Arm des Kaufbolls ward mit Gewalt zurückgehalten. Er rang und tobte wild.

„Heiß!“ schrie er, „ich hab'n heraus, den Britischer! Damit kann er nicht mehr zurück, und ich ließ'n auch nicht! Ich bin sein Mann, gilt's fiebern und ausgraben, erschlagen und herausziehen, und wir wollen sehen, wer zuerst klein beigibt!“

„Ich will Ihnen sagen, was wahr ist,“ rief Paul, hitzig werdend, „Sie sind ein Erzschuft, das sind Sie, der sich maufsig macht über einen Fremden, der Ihnen nicht so viel wie eines Eichhorns Pelz was zu Leid that. Solche stolzende Nichtsnutze, wie Sie, die bringen Schande auf Columbia's Adler der Freiheit!“

Der arme liebe Paul, er konnte es nicht unterlassen, seine Beteuerung mit dem Städtchen Wahlrechtswahl zu schließen.

„Schon gut, junger Mann, werde auch ein Hühnchen mit Euch rupfen, sobald ich mit dem britischen Schleicher da fertig bin,“ blöde Hullings in vollster Wuth; „aufgestanden, Mensch! und gesagt, wie Ihr's ausgemacht haben wollt. Ich laß' Euch die Wahl — Flinten oder Büchsen, Revolver oder Duellpistolen, Boviemeffer in einer dunkeln Stube, oder Pistolen über's Schnupstuch, oder Stupfäbel, oder blutige Indianertomahawks — Dan!“ Hullings ist der Mann, der's mit Jedem ansieht.“

„Doktor!“ sagte ich, „ich schlage mich mit Ihnen nicht. Ich nehme Ihre Forderung nicht an; ich werde mich aber bestimmt nicht durch

Ihr Bramarbasiten abschreden lassen, Sie mit Gewalt aus meiner Wohnung zu bringen.“

Hullings, anstatt mit mir sich zu balgen, wie ich erwartete, drehte sich mit einem höhnischen Lächeln zu seinen widerspernden Spießgesellen um. Sie schienen zu überlegen und einen augenblicklichen Rath zu halten, worauf Hullings mit falscher Höflichkeit eine Ansicht meiner „Diplome u. s. w.“ sich erbat. Paul stürzte mir zu, ich solle ihm nicht den Willen thun, allein ich mochte den Rath nicht annehmen. So öffentlich angefordert, meine Papiere zu zeigen, konnte ich mich nicht weigern, ohne der Bewilligung eine Handhabe zu geben. Allein kaum hatte Hullings die Urkunden fest in der Hand, so brach er in ein schallendes Gelächter aus, das seine Genossen nachwieserten, rief mit Bedacht die Papiere mitten durch, und schleuderte sie mir, der immer noch sah, vor die Füße, und hinterdrein einen vollen Strauß Tabaksbrühe, der mir das Gesicht über und über besudelte. Das ging über alle Menschengebilde! Auf sprang ich mit einem Satz, allein so sink auch die Wuth macht, hatte die Enttäuschung einen Andern stinker noch gemacht, denn Paul Glom kam mir zuvor, und schlug den Doktor mit einem furchtbaren Faustschlag nieder, wie einen Ochsen mit dem Schlagbeil. Auf taumelte der Doktor, blutend und wüthend, und rief im Aufstehen sein Boviemeffer heraus und stürzte sich auf meinen Kämpen; allein unter der Menge waren ordentliche Leute, und der Arm des Kaufbolls ward mit Gewalt zurückgehalten. Er rang und tobte wild.

„Heiß!“ schrie er, „ich hab'n heraus, den Britischer! Damit kann er nicht mehr zurück, und ich ließ'n auch nicht! Ich bin sein Mann, gilt's fiebern und ausgraben, erschlagen und herausziehen, und wir wollen sehen, wer zuerst klein beigibt!“

„Ich will Ihnen sagen, was wahr ist,“ rief Paul, hitzig werdend, „Sie sind ein Erzschuft, das sind Sie, der sich maufsig macht über einen Fremden, der Ihnen nicht so viel wie eines Eichhorns Pelz was zu Leid that. Solche stolzende Nichtsnutze, wie Sie, die bringen Schande auf Columbia's Adler der Freiheit!“

Der arme liebe Paul, er konnte es nicht unterlassen, seine Beteuerung mit dem Städtchen Wahlrechtswahl zu schließen.

„Schon gut, junger Mann, werde auch ein Hühnchen mit Euch rupfen, sobald ich mit dem britischen Schleicher da fertig bin,“ blöde Hullings in vollster Wuth; „aufgestanden, Mensch! und gesagt, wie Ihr's ausgemacht haben wollt. Ich laß' Euch die Wahl — Flinten oder Büchsen, Revolver oder Duellpistolen, Boviemeffer in einer dunkeln Stube, oder Pistolen über's Schnupstuch, oder Stupfäbel, oder blutige Indianertomahawks — Dan!“ Hullings ist der Mann, der's mit Jedem ansieht.“

„Doktor!“ sagte ich, „ich schlage mich mit Ihnen nicht. Ich nehme Ihre Forderung nicht an; ich werde mich aber bestimmt nicht durch

*) Daniel.

D. Eins.

eine Verordnung großh. Ministeriums des Innern vom 2. Juni 1856 zur allgemeinen Kenntniß, wornach bei Ehevorbereitungen aus der Union ausgetretener Lutheraner mit Angehörigen ihres Bekenntnisses der Ortspfarren als Beamter des bürgerlichen Standes das Aufgebot nach L.R.G. 63 ff. und auch die Trauung — diese jedoch nur nach Vorschrift des §. 19 der Eheordnung — zu vollziehen hat, worauf den Beteiligten überlassen bleibt, die Einsegnung noch durch ihren Geistlichen vornehmen zu lassen.

Bretten, 22. Mai. Ueber die heutige Synodalwahl haben Sie bereits telegraphischen Bericht erhalten. (S. gestr. Blatt.) Das Zahlenverhältniß stellte sich bei der Wahl also: Posthalter Paravicini erhielt 37 Stimmen gegen 28, welche auf den Kirchenrath Hundshagen fielen. Der Gastwirth Friedrich, der als Ersatzmann gewählt wurde, erhielt 36 Stimmen.

F. Mannheim, 22. Mai. Die Versammlung mittelrheinischer Schulmänner in Mainz war von etwa 80 Schulmännern aus Preußen, Nassau, den beiden Hessen, und Baden besucht. Unser Großherzogthum war durch Direktor Hofrath Behagel von hier und Professor Deimling aus Karlsruhe vertreten. Die Aufgaben des Gymnasiums (resp. Lyceums), Maturitätsprüfung und Jahreskurse waren die Gegenstände der pädagogischen Besprechung; ein Vortrag von Prof. Klein über die Geschichte von Mainz bildete die antiquarische Abtheilung, welche durch eine von dem Vortragenden der Versammlung gewidmete Schrift über die — in den Sammlungen im Schloß nicht befindlichen — Alterthümer von Moguntiacum und die Besichtigung der erwähnten reichen Sammlungen besonders fruchtbar gemacht wurde. Bei dieser Gelegenheit konnte Jedermann sich durch die Anschauung auch der dortigen Denkmäler überzeugen, daß das jüngst im Babilonischen bei Dierburken aufgefundenen Relief ein Mithrasbild sei, wie wir deren namentlich von Neuenheim bei Heidelberg haben.

Heute wurden im Schillerkomitee die letzten Beschlüsse über Ausführung des Gusses und die Aufstellung des Schillerstandbildes gefaßt. Das Gypsmodell ist vollendet und zur Absendung an die Gießerei bereit. Diese wird die durch v. Müller geleitete königliche in München sein; die Aufstellung geschieht auf dem Schillerplatz in der Richtung der Giebelfront des Hintergebäudes, das Gesicht gegen das Haus gerichtet, in welchem König Ludwig von Bayern seine Jugendjahre zugebracht hat. Der Künstler, Cauer d. J., welcher bei der Berathung zugegen war, hat über den Platz der Aufstellung seine volle Befriedigung ausgesprochen.

X Sindolshausen, 22. Mai. Heute wurde dahier als weltlicher Abgeordneter des 7. weltlichen Wahlbezirks Mosbach-Abelsheim-Vorberg-Wertheim Hr. Professor Dr. Neuber in Wertheim mit 48 Stimmen erwählt; Geh. Kirchenrath Hundshagen 1 Stimme. Ersatzmann: Bürgermeister Bussmer von Eberbach 42 Stimmen von 49.

Freiburg, 22. Mai. Für die Schwurgerichts-Sitzungen des 2. Quartals des Oberrheinkreises sind heute folgende Geschworne gezogen worden:

- A. Hauptgeschworne. 1) K. Knies, Professor von Freiburg. 2) K. Brogle, Rathgeber von Säckingen. 3) E. Brog, Müller von Hünen. 4) P. Jäger, Handelsmann und Bürgermeister von Bursheim. 5) F. Salzer, Privat von Freiburg. 6) J. B. Danner, Sohn, Kaufmann und Gemeinderath von Krozingen. 7) B. Wehrle, Privat von Jurtwanggen. 8) G. Thoma, Seifenfieder von Niederhaußen. 9) J. Pfäfliger, Gastwirth von Steinen. 10) J. Wagner, Kaufmann von Zell. 11) P. Gschbach, Nagelhändler von Klein-Lausenburg. 12) J. Selger, Posthalter von Ruzingen. 13) G. Klemm, Müller von Rippenheim. 14) M. A. Panzer, Handelsmann und Gemeinderath von Breisach. 15) K. Fernbach, Fabrikant von Freiburg. 16) F. Ritter, Kaufmann von Säckingen. 17) A. Averk, Gerber von Gutach (Nistriedberg). 18) F. W. Bauer, Holzhändler und Bürgermeister von Menzenschwand. 19) R. Hühner, Müller und Bürgermeister von Hölstein. 20) A. v. Hermann, Fabrikant von Güntersthal. 21) J. Krumm, Landwirth und Gemeinderath von Mautzen. 22) J. J. Büngel, Gastwirth und Gemeinderath von Dörsingen. 23) J. Jünger, Landwirth und Gemeinderath von Wagenstadt. 24) F. Mammel, Handelsmann von Freiburg. 25) F. G. Schilling, Weinbändler und Gemeinderath von Sulzburg. 26) F. Wagner, jung, Buchbändler von Freiburg. 27) Ph. J. Engler, Kaufmann von Mühlheim. 28) J. G. Schanzlin, Landwirth von Rander. 29) K. Schumacher, Handelsmann von Freiburg. 30) F. A. Gupfer, Kaufmann von Griesen. 31) F. Bruder, Landwirth und Rathschreiber von Gailingen. 32) J. Krebs, Handelsmann von Freiburg. 33) W. H. Stud, Bierbrauer von Emmendingen. 34) J. Weibel, großh. Bezirksförster von Triberg. 35) F. Schulz, Privat von Freiburg. 36) G. F. Kroschke, Landwirth und Bürgermeister von Herzingen.

- B. Ersatzgeschworne. 1) S. Sartori, Handelsmann. 2) A. Lahiel, Chirurg. 3) J. F. Hieber, Weinbändler. 4) F. J. Mägler, Schlosser. 5) A. Knittel, Bildhauer. 6) J. Meier, Handelsmann. 7) M. Wehger, Bäcker. 8) K. Mutschler, Oler. Sämmtliche von hier.

Stuttgart, 22. Mai. Gestern Abend 1/26 Uhr ist der Finanzminister v. Knapp im 61. Jahre seines Lebens nach schmerzlicher Krankheit verschieden. Derselbe ist am 1. Juli 1850 mit den Ministern v. Müller, v. Linden und v. Pflessen als Nachfolger des sogenannten Oberministeriums (zweites Schlayer'sches Ministerium) ins Amt getreten, von denen nur noch Müller und Linden im Amte befindlich sind, indem Pflessen in Ruhestand getreten ist; die übrigen dormaligen Minister traten erst später in das Kabinett ein. v. Knapp hatte bei seinem Eintritt ins Ministerium die früher in Württemberg unbekanntes Bedingung des Rücktritts in seine frühere Stellung als Eisenbahn-Direktor gestellt, was damals die Blätter als etwas Unerhörtes erwähnten. Daß es von ihm aber ernstlich gemeint war, geht daraus hervor, daß er nie die eigentliche Ministerwohnung im Finanzministerium bezog, sondern in der Wohnung des Eisenbahn-Direktors im Stuttgarter Bahnhof bis zu seinem Tode verblieb. Auch waren ihm das Eisenbahn-Wesen und die Verkehrsanstalten überhaupt stets eine Lieblingsbesorgung seines Amtes, obgleich er alle Zweige seines Departements mit großer Umsicht zu verwalten verstand, wie

er überhaupt das Finanzwesen des Landes, das durch die revolutionären Bewegungen von 1848 und 1849 und die nachfolgenden Nothjahre in einigen Zerfall gekommen war, wieder auf einen blühenden Stand und zu einer musterhaften Ordnung emporbrachte. Gleichwohl war er nicht weniger als populär, wozu u. A. beim größern Publikum die ungewöhnliche Höhe der Holzpreise viel beitrug, deren gestiegenes künstliche Steigerung man ihm zuschrieb, obgleich mit dieser Steigerung Württemberg nicht allein blieb und sie überhaupt mit dem Steigen aller Bau- und Rohmaterialien und Naturalien im engen und natürlichen Zusammenhange steht. Man vermuthet, und wohl nicht ohne Grund, daß der während seiner Krankheit zu seinem interimistischen Stellvertreter ernannte Direktor v. Sigel (lebenslängliches Mitglied der Kammer der Standesherrn) zu seinem Nachfolger werde ernannt werden, wie er auch schon früher, als von dem Rücktritt v. Knapp's die Rede war, als dessen mutmaßlicher Nachfolger bezeichnet wurde, obgleich damals auch der ritterschaftliche Abgeordnete Febr. v. Barubäler genannt worden war. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin haben sich gestern zum Besuche der großen Schwarzwald-Industrieausstellung nach Rottweil begeben. — Ihre Maj. die Königin der Niederlande, zweitälteste Tochter des Königs, wird morgen zum Besuche am k. Hofe erwartet. — Durch den Tod des Finanzministers und die Nothwendigkeit seines einstweiligen Stellvertreters, sich in die Einzelheiten des Etats und der sonstigen, den Ständen gemachten Vorlagen v. Knapp's einzuarbeiten, soll, heißt es, der Wiederzusammentritt des Landtags, der auf Ende d. M. erwartet wurde, bis gegen die Mitte des kommenden Monats Juni sich verzögern.

Speyer, 17. Mai. Ein Erlaß des k. Konfistoriums vom 7. Mai beauftragt die l. Dekanate, „nach genauer Erforschung des dormaligen Standes der Gesangbuch-Angelegenheit das durch die allerb. Entschliesung vom 19. April, die Generalsynode zu Speyer im Jahr 1861 betr., Gebotene nach eigener Zuständigkeit anzunehmen.“

Aus Kurhessen, 22. Mai. (Fr. Z.) Aus guter Quelle vernehmen wir, daß unsere Standesherrn in der Verfassungsfrage eine der Konstitution von 1831 günstige Haltung einzunehmen entschlossen sind. Die hierauf bezüglichen Verhandlungen zwischen den fürstlichen und gräflichen Häusern sind dieser Tage zum Abschluß gelangt.

Hannover, 21. Mai. In Celle wurde eine Loyalitätsadresse, weil sie keinen Erfolg hatte, wieder zurückgezogen und der Amtsversammlung (72 Mitglieder) vorgelegt, wo sie fast ein halbes Duzend Unterschriften von Beamten erhielt. Die Bauern unterzeichneten nicht. Den Lehren in Lüneburg wurde durch Reskript des Oberpräsidenten zur Pflicht gemacht, sich jeder „politischen Demonstration“ zu enthalten. Auch in Giffhorn wurde die Loyalitätsadresse „aus Mangel an Theilnahme“ zurückgezogen.

Berlin, 21. Mai. (Zeit.) Die österreichische Erklärung am Bunde in Bundes-Kriegsverfassungssachen lautet:

Der Gesandte, welcher seiner allerb. Regierung in der Sitzung vom 2. d. M. eine etwaige Erklärung bezüglich des von dem k. preussischen Gesandten eingebrachten Antrags in Betreff der Revision der Bundes-Kriegsverfassung vorbehalten hatte, ist nunmehr angewiesen, der höchsten Bundesversammlung nachstehende Mittheilung zu machen. Nach den Andeutungen, welche die Motivirung dieses Antrags bezüglich eines zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen diefalls herbeigeführten Einverständnisses in sich schließt, hält sich die kaiserliche Regierung für verpflichtet, ihren Bundesgenossen gegenüber über ihr, wie es scheint, missverständlich aufgefaßtes Verhältniß zu diesem Antrage auszusprechen. Den hohen Bundesregierungen ist bekannt, daß die in Berlin gepflogenen Verhandlungen den Zweck hatten, über die militärischen Verhältnisse Deutschlands zu berathen, wo möglich zwischen Oesterreich und Preußen eine Vereinbarung über gemeinsame Beantwortung der schwebenden militärischen Fragen zu Stande zu bringen, die zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, und diese vorläufige Vereinbarung als Grundlage für die angestrebte Einigung am Bunde zu verwenden. In der während dieser Zeit zwischen Wien und Berlin geführten Korrespondenz ist von dem k. preussischen Kabinett auch der Vorschlag zu einem die Oberleitung des Bundesheeres betreffenden, gemeinsam in der Bundesversammlung zu stellenden Antrage gemacht und dieser Vorschlag österreichischer Seits ungekündigt mit der Geltendmachung von drei gleichzeitig formulirten wesentlichen Bedenken gegen die Annahmbarkeit jenes Antrags beantwortet worden. Die kaiserliche Regierung wünscht die hohe Versammlung darüber nicht in Zweifel zu lassen, daß in dem Antrage, welchen die k. preussische Regierung in der Sitzung vom 2. d. M. gestellt hat, diese Bedenken berücksichtigt erscheinen, und daß, was die Textirung dieses so unerwartet aus dem Zusammenhange der Berliner Verhandlungen hervorgehobenen Vorschlags anbelangt, die kaiserliche Regierung allerdings Urfache habe, sich auf Oesterreichs Mitwirkung bei dessen Formulirung zu berufen. Aber so sehr auch die kaiserliche Regierung dem kaiserlichen Kabinett für die Rücksichten verpflichtet ist, welche es im Hinblick auf das angestrebte Einverständnis mit den übrigen Bundesgenossen den österreichischer Seits erhobenen Bedenken zu Theil werden ließ, und so sehr sie sich Glück wünscht, wenn durch jenen Akt des Entgegenkommens dieses Einverständnisses gefördert würde, so muß sie doch, um Missverständnisse hintanzuhalten, welche neuerdings den Austrag der mit dem Ausschussbericht vom 26. Juli beleuchteten Frage zu verzögern geeignet wären, wiederholt erklären, daß sie in dem jetzt der hohen Versammlung vorliegenden Antrage, welcher von der k. preussischen Regierung als ein „vermittelnder“ bezeichnet worden ist, durchaus keine ihren Ansichten entsprechende Lösung der als Basis für die Revision der Bundes-Kriegsverfassung hingestellten ersten Vorfrage erblickt. Wenn die kaiserliche Regierung den am 2. d. M. eingebrachten Antrag auch nur als die Grundlage zu einer unter Voraussetzungen zulässigen Ausnahmestimmung ansehen kann, so hat dieser Schritt der k. preussischen Regierung doch wieder die Hoffnung belebt, daß bei billiger Berücksichtigung der in Deutschland berechtigten Interessen sich der Ausdruck für die allseitig gewünschte Einigung am Bunde auch in dieser Frage endlich finden werde. Die kaiserliche Regierung wird auch bei den jetzt weiter bevorstehenden Verhandlungen am Bunde die Gelegenheit wahrzunehmen nicht verabsäumen, sich, wo nöthig, über ihre Stellung zu diesen Fragen

mit Rücksicht auf ihr Verhalten bei den in Berlin gepflogenen Verhandlungen offen auszusprechen.

Berlin, 22. Mai. Die ministerielle „Preuß. Ztg.“ bespricht heute den Stand der Frage, betr. das Oberkommando des deutschen Bundesheeres in dem Falle, daß beide deutsche Großmächte oder eine derselben mit ihren Gesamtarmeen im Verein mit den übrigen Streitkräften des Deutschen Bundes zum Kriege schreiten. Sie erinnert daran, daß die Abstimmung über die am 26. Juli v. J. der Bundesversammlung vorgelegten Anträge der Majorität und Minorität des Militärausschusses in Betreff der Oberleitung in einem Bundeskriege bis jetzt ausgesetzt geblieben. Die inzwischen im August v. J. zu Würzburg in dieser Angelegenheit abgehaltene Konferenz, sowie die in Berlin zwischen Kommissären der preussischen und österreichischen Regierung in diesem Jahr stattgehabten Verhandlungen hätten ein Einverständnis mit der preussischen Regierung dahin zur Folge gehabt, daß es Bedürfnis sei, die Hindernisse zu beseitigen, welche einer unter Umständen notwendigen Abweichung von den Bestimmungen der Art. 12—16 entgegenzusetzen werden könnten. In Uebereinstimmung mit dieser Wahrnehmung habe dann der preussische Gesandte am 2. d. M. den Antrag am Bunde gestellt, daß für den Fall einer Theilnehmung beider deutschen Großmächte oder einer derselben mit ihren Gesamtarmeen an einem deutschen Bundeskriege die Art. 12—16 der Bundes-Kriegsverfassung außer Kraft treten sollen und eine Verständigung über die Oberleitung und Theilnehmung der vereinten Streitkräfte den Regierungen von Preußen und Oesterreich überlassen werde. Die „Preuß. Ztg.“ theilt nun den Wortlaut der Erklärung mit, welche der österr. Gesandte in der Bundestags-Sitzung vom 16. d. abgegeben hat (s. oben), und fährt dann fort:

Diese Erklärung des österreichischen Bundestags-Gesandten enthält mehrere Aufschlüsse, zu denen, wie man aus dem Vergleich der beiden vorstehenden Mittheilungen ersieht, in der Motivirung des preussischen Antrags kein Anlaß gegeben war. Man erfährt, daß die österreichische Regierung an der Textirung des preussischen Antrags Theil genommen, und daß drei wesentliche Bedenken, welche die erstere gegen die Annahmbarkeit desselben geltend gemacht, in der schließlichen Formulirung des Antrags berücksichtigt worden sind. Um so weniger ist es zu begreifen, daß die österreichische Regierung den Antrag als „vermittelnden“ nicht gelten lassen will, und daß sie glaubt, er werde den Austrag der durch den Ausschussbericht vom 26. Juli beleuchteten Frage verzögern können. Der vermittelnde Charakter des preussischen Vorschlags ist, wie uns scheint, unverkennbar. Während die Minorität des Bundes die organischen Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung umgestalten wollte und die Majorität an ihrem Bestehen festhielt, findet der preussische Antrag den Ausweg, die Artikel XII. bis XVI. für einen genau präzisirten Ausnahmefall vorübergehend außer Kraft zu setzen. Insofern auch der österreichischen Regierung scheint diese ausgleichende Tendenz des preussischen Vorschlags nicht entgangen zu sein, denn am Schlusse ihrer Erklärung gesteht sie zu, daß sie denselben als „Grundlage zu einer unter Voraussetzungen zulässigen Ausnahmestimmung“ ansehen könne. Mehr als eine solche Ausnahmestimmung hat aber Preußen mit seinem Antrage nicht begehrt.

Nach der „Köln. Ztg.“ kann man es als zweifellos ansehen, daß die Entschlüsse in Betreff der hiesigen Polizeiangelegenheit im Verlauf von 8 Tagen zu erwarten stehen. Borigen Samstag war Hr. v. Zedlig der Gegenstand einer Volksdemonstration, die indessen ohne ernstliche Zwischenfälle verlief. Eine Volksmenge begleitete denselben pfeifend und schreiend durch die Straßen bis zum Wolfenmarkt.

Koburg, 19. Mai. (D. Z.) In der gestrigen Sitzung des Landtags des hiesigen Herzogthums ist das Gesetz über die Kontrahirung eines Anlehens von 700,000 fl. angenommen worden.

Dresden, 18. Mai. Aus der Debatte der Zweiten Kammer über den Riedel'schen Antrag, Centralgewalt und Volksvertretung betr., haben wir noch Folgendes hervorzuheben: Riedel motivirt seinen Antrag: Der Bundesvertrag genieße kein Vertrauen beim Volke, man brauche eine energische Centralgewalt. Oesterreich breche mit seiner Vergangenheit, mögen es auch andere Regierungen, die sonst zu ihm stehen. Vizepräsident Dehmichen: Die Ideen von 1848 seien neu aufgetaucht und fordern mehr fast als damals Befriedigung nach innen wie nach außen. In den Jahren von 1806 bis 1813 haben nicht die Fürsten Deutschland gerettet, sondern Männer des Volks, die man erst gebrandmarkt, was Stein u. s. w. Leider haben die Fürsten Manches vergessen, seit sie in Leipzig auf den Knien gelegen und versprochen. Möge Deutschland zu kräftigerer Gestaltung kommen, damit ein Palmerston es nicht mehr beschimpfen könne. Denn in Preußen sei das deutsche Volk verböhnt. Selbst vom kleinen Dänemark lassen wir uns mißhandeln, weil wir uneinig. Eichorius: Selbst nüchternere Männer, nicht bloß idealstrebende, theilen den berechtigten Einheitsgedanken. Mit der einheitlichen Stellung Deutschlands hänge die materielle und geistige Blüthe zusammen. Nicht einmal die Bundes-Kriegsverfassung komme, trotz aller Gefahr, zu Stande, die sächsische Regierung habe zur Besserung nichts beigetragen. Günther: Man solle der nationalen Partei, die nicht radikal und revolutionär sei, auch nicht nach französischer Schablone zentralisiren wolle, ihren ehrlichen Namen lassen; sie sei nicht unpraktisch, wenn sie herab vom Reichstag selbst früher einmal praktisch erschienen. Die Hegemonie Preußens sei das einzige Mittel künftiger Einheit. Dr. Dehner in gleichem Sinne und mit herbem Tadel gegen die Diplomatie, die mit ihrer Heilkunst bankerott sei. Ziesler vermißt im Deputationsbericht ein praktisches Ziel, das ihm in der Frankfurter Reichsverfassung liegt. Georgi ist mehr für Einheit in der materiellen Gesetzgebung. Dr. Hertel glaubt nicht an friedliche Lösung der Oberbefehlshaberfrage. Ihm ist jede Form recht, die zur Einheit führt. Nöthig seien einheitliche Militärführung und Flotte, solle Deutschland eine Großmacht werden. Gewiß werde es nicht an den Staatsmännern fehlen, die diese friedliche Reform erringen helfen. Reich-Eisen

st für einen Bund der Mittelstaaten, um dessen Unter- stützung dann die Großmächte bühnen würden. Dr. Braun: Im Einheitsstaat herrsche Absolutismus, Freiheit im Föderationsstaat. Er wünscht ein Bundesgericht, an dessen Zusammenfügung die Volksvertretung theilhaftig sei. Ein solches hätte z. B. die furthessische Frage unmöglich gemacht. (Hieran reiht sich die bereits mitgetheilte Rede des Hrn. v. Beust.) Schließlich ward der Deputationsantrag gegen eine Stimme angenommen.

Wien, 20. Mai. Gegen die Forderungen der Ungarn spricht sich die Wiener Presse immer entschiedener aus. Die „Donauzeitung“ bezeichnet es als ganz unmöglich, daß eine Einigung auf der Basis der deutschen Vorschläge statthaben könne, und deutet bereits auf die Möglichkeit eines Kampfes hin, der sich bei trozigem Festhalten an dem vermeintlichen Rechte entwickeln könnte. Sie fragt: „Sind Ungarn die düsteren Schatten, welche die Revolution auf das Land geworfen hat, so rasch entschwinden; ist das Gefühl der Sicherheit ein so großes geworden, daß Ungarn abermals einen Kampf hervorrufen will, der, mag er enden wie immer, die numerisch schwache Nation bei ihrer geringen Propagationsfähigkeit sichern Untergange überliefern würde?“ Es ist dies das erste Mal, daß die „Donauzeitung“ das Wort „Kampf“ und nicht „friedliche Verständigung“ in den Mund nimmt. — Was die Regierung dem ungarischen Landtage gegenüber thun will, darüber sagt ein Gerücht Folgendes: Der Kaiser werde die ungarische Adressdeputation empfangen, in seiner Antwort aber auf das Verfassungspatent vom 26. Febr. hinweisen und auffordern, Abgeordnete zum Reichsrath zu wählen. Bei fortwährendem Widerstande würden unmittelbare Wahlen in Ungarn u. s. w. ausgeschrieben werden und, falls diese vereitelt würden, nichtdestoweniger die Beschlußfähigkeit des Reichsraths für die ganze Monarchie anerkannt werden.

Der Widerstand gegen die Steuereintreibung wird in Ungarn immer allgemeiner und heftiger: In der Szathmarer Komitatsversammlung wurde nach dem „Mag. Dröszag“ am 6. d. eben über die Steuerexekution verhandelt, als der Vorstand der nahen „Schwabengemeinde“ Feny in den Saal trat und klagte, daß bei ihnen die Steuereintreiber in Begleitung von Militär schon seit zwei Tagen seien; sie hätten aber erklärt, nur durch den Landtag oder das Komitat ausgeschriebene Steuern zu bezahlen. Die Komitatskommission beschloß, die Erklärung der genannten Gemeinde drucken und im Komitat zirkuliren zu lassen, „damit das Verfahren der wackern Schwaben den ungarischen wie den rumänischen Brüdern als Beispiel diene“. Das Stuhlweissenburger Komitat hat den Gemeinden fundgemacht, daß sie ihre Steuerblätter gegen Bescheinigung im Komitatsarchiv niederlegen können. Die Vorjeder Komitatskommission hat in ihrer Sitzung am 6. d. beschlossen, daß, wer in Folge der kaiserl. Steuereintreibung konfiszirtes Gut kauft oder zum Verkauf beibringt, ein Vaterlandsverräther ist und die Verpflichtung der Rückzahlung auf sich genommen hat, von welcher Verpflichtung selbst die Finanzbeamten nicht ausgenommen sind. Gleich mehreren anderen Komitaten hat auch dieses beschlossen, die durch Steuerexekution zu Schaden gekommenen Bürger aus der Komitatskasse zu entschädigen.

Wien, 20. Mai. (C. C.) Aus Feldkirch wird gemeldet: Heute wurde hier von der Kanzel herab zur Unterzeichnung folgenden Aufrufs aufgefordert:

Wir wollen, daß unsere Abgeordneten, denen wir die Wahrung der heiligsten Angelegenheiten des Landes zuverlässig anvertraut haben, in erster Würdigung der großen Gefahr, welche uns im Besitz unserer Rechte, von den Vätern ererbte Rechte bedroht, sich bei Sr. Apostolischen Majestät eiligst und kräftigst dahin verwenden, daß dem Lande Vorarlberg die Glaubensfreiheit erhalten werde, und die Protestanten von der Ansjähigmachung bei uns ausgeschlossen bleiben.

In den Landgemeinden wird dieser Aufruf von Haus zu Haus zur Unterschrift getragen. Wann wird endlich von hoher Stelle solchem Treiben, dieser systematischen Aufwieglung in einem Lande, wo die Protestanten schon seit vielen Jahren ansässig, ein Ziel gesetzt werden!

Oesterreichische Monarchie.

Wesib, 22. Mai. Während der heutigen Sitzung des Landtags brachte Tisza eine schriftliche Motion für Einsetzung eines Komitees ein, welches während der Adressdebatten die dringende Frage der Rechtspflege berathen und auf Grundlage der Beschlüsse der Jubel-Curial-Konferenz dem Landtag ein Rechtsprovisorium vorschlagen soll, damit die Rechtspflege interimistisch geordnet werde, bis der Landtag Zeit erhalte, Kodifikationsarbeiten vorzunehmen.

Italien.

Mailand, 22. Mai. Die Manifestationen haben sich erneuert und nahmen einen gewaltsamen Charakter an. Nationalgarde und Truppen stellten die Ruhe wieder her. Der Abend verlief ruhig.

Rom, 21. Mai. (Sch. M.) Die Petition römischer Bürger an Kaiser Napoleon und Viktor Emanuel um Räumung der Stadt Rom ist, mit 10,000 Unterschriften bedeckt, heute abgeschickt worden.

Neapel, 22. Mai. Prinz von Carignan erinnert in seiner am 20. in Neapel veröffentlichten Proklamation an die wichtigen Reformen, welche zu Stande kamen, und dankt der Bevölkerung, sowie der Nationalgarde für ihre Mitwirkung. Der Prinz drückt gleichfalls seine Zufriedenheit über die Waffenthaten der Land- und Seetruppen aus. Hr. v. San Martino sagt in seiner am 21. in Neapel veröffentlichten Proklamation, daß es seine Absicht sei, Kraft und Energie, so gut wie Einheit, dem Bestreben aller guten Bürger nach Einigung der italienischen Völkerschaften zu verleihen; er verlangt dabei die Mithilfe des Landes, und verspricht Verbesserungen in dem Staatsdienste zu treffen. Der Prinz

v. Carignan und Hr. Nigra werden wahrscheinlich heute in Turin ankommen.

Frankreich.

Paris, 22. Mai. Die Pariser Blätter beschäftigen sich sämmtlich auch heute wieder mit dem Rundscheidenden des Hrn. v. Persigny. Selbst diejenigen, welche, wie der „Siccle“, am ersten Tage ein kluges Schweigen darüber beobachtet hatten, treten jetzt mit ihrer Ansicht hervor, die „Constitutionnel“ und „Opin. nation.“ ausgenommen — durchschnittlich zum mindesten ein Bedauern über die Rückkehr zu den Ausnahmemaßregeln strengere Natur enthält. — Der „Constitutionnel“ hatte gemeldet, der Prinz Murat sei zum Großmeister des Großen Ordens ernannt. Diese Nachricht ist, wie die „Presse“ diesen Abend angibt, irrig. Nicht Prinz Murat, sondern Prinz Napoleon sei mit zwei Dritteln der Stimmen gewählt worden. Die „Presse“ theilt gleichzeitig folgendes Schreiben des Prinzen Napoleon an den Großen Orient mit:

M. H. Ich habe den Brief erhalten, in welchem Sie mir Ihre Stimmen für die Großmeisterei Ihres Ordens antragen. Ich fühle mich sehr durch diesen Beweis Ihres hohen Vertrauens geschmeichelt. In Berücksichtigung der Familienbande und der Freundschaft, die mich mit dem Prinzen Murat verbinden, konnte ich nicht als Mitbewerber neben ihm auftreten. Heute aber muß der von einer großen Zahl Ehrewürdiger unterzeichnete Brief, worin sie nicht mehr für den gegenwärtigen Großmeister stimmen zu wollen erklären, meinen Entschluß abändern, und ich möchte Ihnen mittheilen, daß ich Ihre auf mich fallende Wahl annehmen werde.

Das russische Geschwader soll den 25. Mai Kronstadt verlassen und sich an die syrische Küste begeben. Die in Smyrna liegende Dampffregatte „Großadmiral“ hat bereits Befehl erhalten, sich nach Beyrut zu begeben. — Der Bischof von Marseille, Hr. de Mazenod, ist gestorben. — Das „Pays“ will vernommen haben, daß Kroatien und Slavonien doch Deputirte an den Reichsrath zu Wien schicken wollen. (P) — Nachrichten aus der Herzegowina melden, daß die dortige Bevölkerung, ähnlich wie kürzlich die bulgarische, auf dem Punkt stehe, zum Katholizismus überzutreten. Es herrsche dort dieselbe Bewegung, und man suche dasselbe Resultat durch dieselben Mittel zu erreichen. — 3proz. 69.35.

Paris, 22. Mai. Die Differenzen zwischen den Prinzen Murat und Napoleon haben einen sehr ernstlichen Grad erreicht. Wenigstens spricht man allgemein von einem Duell zwischen Beiden, das der Ausführung nahe gewesen sei, als es durch polizeiliches Einschreiten verhindert wurde. Der Kaiser soll den äußeren Frieden zwischen seinen Bettern wiederhergestellt haben. — Die Abreise des Hofs nach Fontainebleau, welche am 20. stattfinden sollte, ist, wie man sagt, wegen des Gesundheitszustandes des Kaisers verschoben worden. — Bely Pascha reist morgen nach Berlin ab. — Abbé Dequerre, der Pfarrer der Magdalenen-Kirche, wird dieser Tage nach Rom abreisen. Die intimen Relationen dieses Priesters mit den Tuilerien lassen vermuthen, daß seiner Reise irgend eine Mission zu Grunde liegt. Uebrigens nennt man den Abbé als Nachfolger des verstorbenen Monsignor von Marseille. — Pianist Dr. Liszt hat sich mit großem Erfolge bereits bei der Gräfin Walewska, der Prinzessin Mathilde, und der Herzogin v. Raizan hören lassen.

Spanien.

Madrid, 21. Mai. Santana wird fortfahren, die spanische Kolonie San Domingo zu verwalten. Gestern sind die portugiesischen Cortes eröffnet worden. In der offiziellen portugiesischen Zeitung sind die Ernennungen von 15 neuen Pairs enthalten.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 10. Mai. (N. Preuß. Z.) Es wird für ganz gewiß behauptet, daß der Minister Kowaleffski (Volksaufklärung) seine Entlassung eingereicht habe und dieselbe auch angenommen worden sei. Ebenso scheint der baldige Abgang des Ministers Knjasschewitsch (Finanzen) nun bestimmt zu sein, da allgemein davon gesprochen wird, daß General Tschefkinn (Bauten und Kommunikation) ihn ersetzen wird. An Tschefkinn's Stelle würde dann der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz treten, Gemahl der Großfürstin Katharina Michailowna, welcher stets ein Interesse für technische Wissenschaften gezeigt.

St. Petersburg, 22. Mai. Das heutige „Journal de St. Petersburg“ bringt einen Brief des Fürsten Gortschakow an den Grafen Kisselew. Es wird darin gesagt, Rußland lenke die Aufmerksamkeit der Vertreter der verschiedenen Kabinette auf die Gefahr des Abmarsches der Truppen aus Syrien und lehne die Verantwortlichkeit für die Ergebnisse eines Entschlusses ab, dessen Folgen es vorhergesehen und bezeichnet habe.

Warschau, 16. Mai. Nach amtlicher Anzeige hat der Generaladjutant Merzhilewicz die Amtsführung des Generalkriegsgouverneurs von Warschau übernommen. Bisher war General Paniutin Generalkriegsgouverneur von Warschau.

Warschau, 16. Mai. Noch immer ist der sächsische, wie alle andern großen Plätze mit Zelten bedeckt und diese sind Nachts von den Wachfeuer der sie bewohnenden Kosaken beleuchtet. Die Hofräume des königlichen Schlosses sind mit Pulverwagen besetzt, während aufgefahrene Kanonen die äußere Verzierung bilden. Sowohl reitende, als auch Fußpatrouillen durchziehen die Stadt nach allen Richtungen, und ab und zu wechseln auch die Kanonen ihre Plätze. Doch scheint bald eine Aenderung in Aussicht, da nach einem Gerücht die Militärbesatzung schon in den allernächsten Tagen theilweise zurückgezogen werden soll.

Amerika.

Neu-York, 8. Mai. Die Bundesregierung hat nach

Neu-York um 5000 Stück Gewehre sammt Zubehör telegraphirt. Dergleichen ließ der Präsident des Verteidigungsausschusses den Gouverneur von Neu-York per Telegraph ersuchen, mehr Truppen nach Washington zu schicken, da, verlässlichen Berichten zufolge, die Hauptstadt bedroht sei. Es verlautet gerücheweise, daß Baltimore im Lauf dieser Woche durch Bundestruppen besetzt werden soll. Im südlichen Kongreß von Montgomery ist ein Gesetz durchgegangen, welches das Vorhandensein eines Krieges mit der Bundesregierung anerkennt. Ein anderes Gesetz gestattet die Ausgabe von Kaperbriefen. Der Vizepräsident der konföderirten Staaten hat eine kriegerische Rede in Atlanta gehalten. Er erklärte, daß, wenn Maryland abfiele, die konföderirten Staaten Washington fordern würden, da der Distrikt von Columbia durch das Heimfallsrecht an Maryland zurückfallen müßte. Derselben aus Pensacola berichten, daß General Pragg energische Anstalten zu einem Angriffe auf Fort Pickens macht. Staatssekretär Seward hat auf eine Anfrage Neu-Yorker telegraphisch zurück geantwortet, daß fremde Fahrzeuge nicht nach Norfolk gehen dürfen, um daselbst Baumwolle fürs Ausland zu laden. Seward's offizielle Korrespondenz mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris ist veröffentlicht worden. Er ersucht in derselben den Gesandten, der französischen Regierung mitzutheilen, daß die Bundesregierung niemals eine Auflösung der Union gestatten werde. — Unter den Regimentsführern der nordischen Truppen begegnet man verschiedenen aus der Pfälzer und badijischen Revolution bekannten Namen, wie Blenker, Franz Sigel, Wülfing, Börnstein u. s. w.

Neueste Levantepost.

Konstantinopel, 15. Mai. Der Sultan ist ziemlich schwer krank geworden. Eine Reise ist ihm angerathen worden, aber es ist zweifelhaft, ob er dieselbe bei dem gegenwärtigen Zustande der Finanzen ausführen kann. Das Papiergeld verliert in der That 80 Proz., und der Pash hat sich erschöpft, um Dmer Pascha, im Augenblick seiner Abreise, das nöthige Geld zu verschaffen. Die Proklamatio n Dmer Pascha's wird zum Zweck haben, die Christen zu beruhigen. Neue drohende Plakate sind an den Mauern Konstantinopels angeschlagen worden.

Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 21. Mai. (Kunstbericht.) Trotz der vielfältigen Ausflüge, welche der gestrige Tag veranlaßte und denen zu genügen kaum die vorräthigen Wagen hinreichten, war doch die gestrige Oper „Minora“ so besucht, daß die Einnahme im Abonnement nahezu 900 Gulden erreichte und viele Personen abgewiesen werden mußten. Großen Erfolg wird zu Anfang des nächsten Monats wahrscheinlich das Schauspiel von Fern. Sünthier haben, welches im vorletzten Jahr äußerst beifällig aufgenommen wurde.

Das Hoftheater hat den Vertrag mit Hrn. Gutmann, dem Charakterspieler unserer Bühne, unter angemessener Gehaltssteigerung auf drei Jahre verlängert.

In der bildenden Kunst war der diesige Kunstverein bemüht, das vortreffliche Bild A. v. Bayer's, der Freiburger Münster, zu öffentlicher Ausstellung zu erhalten. Sr. Königl. Hoheit der Großherzog hat dieses huldreich zugesagt, doch wird die Ausstellung vor Anfang Novembers nicht stattfinden können. Für die Verloosung wurden die ausgezeichneten Photographien von Schwind's „sieben Raben“ angekauft. Zu den Gegenständen der Kunst können wir gewiß auch eine Neisehenswürdigkeit zählen: die Niesentereostope von Dessort, welche namentlich bei den über 600 Gegenstände enthaltenden Ansichten von Egypten, Arabien, Griechenland, Rom in ersterlicher Weise so besucht waren, daß bis Abends 10 Uhr kaum ein Platz an den Kassen zu erhalten war. Sie haben heute ihre Bude geschlossen.

Kenzingen, 21. Mai. (Frbgt. Btg.) Wie wir so eben vernahmen, wird der badijische Vienenverein am 27. d. M. seine Generalversammlung dahier abhalten. Außer der gewöhnlichen Rechnungsablage und Besprechung der Angelegenheiten des Vereins sollen Demonstrationen an Dzierzonschen Musterhöfen vorgenommen und unter die Vereinstheilnehmer auch solche Städte verlost werden. Da bei der im abgelaufenen Jahre abgehaltenen Verloosung nicht alle Gewinne eingezogen wurden, so sollen diese erübrigten zum Besten der Vereinstasse versteigert werden.

Darmstadt, 21. Mai. Ende 1858 betrug die „eigentliche“ Staatsschuld 4,410,069 fl. 187/4 fr.

Für die Brandversicherungsläden in Grünfeld, Amts Gerlachshausen (Karlsruher Zeitung Nr. 109), sind laut unserer Ankündigung in Nr. 120 bei uns eingegangen 65 fl. 28 fr. Seitdem weiter: Von Nr. 1 fl. 45 fr. Zusammen 67 fl. 13 fr. Zu weiterer Annahme von Gaben sind wir gern bereit.

Karlsruhe, 23. Mai 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Marktpreise.

Ergebniß des am 18. und 20. Mai 1861 zu Willingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Borrath.	Verkauf.	Preis	Ausschlag	Abschlag
	Mtr.	Mtr.	per Maller.	per Maller.	per Maller.
Kernen	1095	751	15 fl. 35 fr.	— fl. — fr.	— fl. 25 fr.
Roggen	20	8	13 fl. 4 fr.	— fl. — fr.	— fl. 26 fr.
Gerste	10	7	10 fl. 29 fr.	— fl. — fr.	— fl. 27 fr.
Bohnen	27	12	10 fl. 38 fr.	— fl. — fr.	4 fl. 22 fr.
Erbsen	4	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Linjen	3	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Milchfrucht	168	62	7 fl. 59 fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Widen	3	1	11 fl. 30 fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Haber	460	336	5 fl. 40 fr.	— fl. 5 fr.	— fl. — fr.
Sparrfette	24	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 24. Mai. 2. Quartal. 71. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Frauenstärke**; Lustspiel in 3 Akten, aus dem Französischen von Hörster. Hierauf: **Ballets** **Divertissement.**

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Juni d. J. beginnen, werden auf den Stationen der groß. Bahn: Bruchsal, Karlsruhe, Baden, Freiburg und Basel direkte Fahrpläne der 1. und II. Klasse nach Grenzach ausgegeben werden und findet auch direkte Einschiffung des Reisepäcks nach dieser Station statt.

Karlsruhe, den 21. Mai 1861. Direction der groß. Verkehrs-Anstalten. Zimmer.

Ein Peterspennig. Album deutscher Dichter und Schriftsteller, herausgegeben von Dr. L. Lang und G. Werner. Der Reinertrag ist für den heiligen Vater bestimmt.

Preis eleg. brosch. 1 fl. 18 fr. rbn.; in Sammet eleg. geb. 1 fl. 42 fr. rbn.; mit Goldschnitt 1 fl. 48 fr. rbn. München, im Mai 1861.

Armand, der berühmte Verfasser der Romane „Die in die Wildnis“ und „An der Indiangrenze“, hat wieder einen Roman aus der neuen Welt „Ralph Norwood“ herausgegeben, auf den Einleger die Leser dieser Zeitung mit Vergnügen aufmerksam macht.

Soolbad Dürheim.

T.301. Das vom Staat seit einigen Jahren ins Leben gerufene, mit der hiesigen Subwiesgalerie verbundene Soolbad wird am 1. Juni d. J. eröffnet. Dasselbe liegt in nächster Nähe des Pfarrdorfes Dürheim, zwischen den freundlichen Anstalten Donauwechinger und Billingen je 2 Stunden entfernt, an einer frequenten und guten Poststraße, in einer gesunden, von endemischen Krankheiten freien Gegend des Schwarzwaldes, und besteht aus zwei getrennten Bädern, von welchen das eine, ganz neu hergestell, allen Anforderungen der Zweckmäßigkeit und Bequemlichkeit entspricht und sich in unmittelbarer Nähe des neuerdings wesentlich erweiterten und gut eingerichteten Salinewirthehauses befindet.

Die hiesigen Soolbäder, deren Preis äußerst billig gestellt ist, verbunden mit zweckentsprechenden Doucheneinrichtungen und einem gut eingerichteten Sooldampfbade, haben bei streptococcigen Erkrankungen der verschiedensten Formen, bei gichtisch-rheumatischen Leiden, bei Knochenaffektionen, namentlich carieser und nekrotischer Natur, bei chronischen Hautkrankheiten, nervöser Schmerzhaften Nervenzufällen u. dergl. in wenigen Jahren zahlreiche und ausgezeichnete Heilerfolge erzielt. Ein bei der Saline angestellter tüchtiger Arzt besorgt die ärztliche Leitung der Bädereien, und eine vollständig ausgestattete Apotheke bietet den Kranken alle zu wünschenden Unterstützungsmittel für die Bädereien dar.

Dürheim, den 11. Mai 1861. Großb. bad. Subwiesgalerie-Verwaltung. Sprenger.

Erlenbad bei Achern.

T.343. Der Unterzeichnete bringt seinen verehrten Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß er seine Bädereianstalt nebst Biegenmüllentur wieder eröffnet hat; nebst der heilsamen Mineralquelle bietet die schöne und gesunde Gegend den Gästen einen angenehmen Aufenthalt.

Achern, den 11. Mai 1861. Ph. Ketterer, Badwirth.

Kellnergesuch.

T.563. Ein angehender braver Kellner wird in eine Konditorei gesucht. Näheres bei der Expedition dieser Zeitung.

Stellegesuch.

T.590. Ein junger Mann, der seit 5 1/2 Jahren in zwei gemischten Waarengeschäften conditionirte und die schönsten Zeugnisse ausweisen kann, sucht zu seiner weiteren Ausbildung eine anderweitige Stelle in einem ähnlichen Geschäft. Auskunft hierüber ertheilt die Expedition dieses Blattes.

Akkordbegebung.

T.431. Radolfzell. Die Generaldirection der vereinigten Schweizerbahnen in St. Gallen will in diesem Sommer auf dem Mäglinger Ried bei Radolfzell im badischen Sectore 2,400,000 Lortsteine, ungefähr 1000 Schachteln zu 100 Kubikfuß, geminnen. Das ganze Geschäft nebst Transport nach Rorschach soll in Afford gegeben werden, wozu Uebernehmer eingeladen werden. Anmeldungen sind zu machen an die Adresse J. C. Deicke zum Stischen in Radolfzell, wo auch nähere Auskunft ertheilt wird.

Wiese-Versteigerung.

T.458. Nr. 2942. Ettlingen. Die Stadtgemeinde Ettlingen läßt die ihr zugehörige f. g. Brudergartenwiese, im Althale bei der Spinnerei und Weberei hier liegend, einseits der Brudergartenweg, anderseits die Alb und die Spinnerei und Weberei, im Maßgehalt von 8 Morgen 2 Viertel 38 Ruthen, bis Montag den 27. d. M., Morgens 11 Uhr, auf dem Rathhaus hier im Ganzen zu Eigenthum versteigern. Die Steigerungsbedingungen liegen auf dem Rathhaus zur Einsicht auf. Ettlingen, den 14. Mai 1861. Bürgermeisteramt. vdt. Reimeier.

Düsseldorfer Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluß- und Land-Transport. Grund-Kapital: Eine Million Thaler preuß. Courant.

Die in weiten Kreisen der Geschäftswelt anerkannte Solidität der Gesellschaft, erhöht durch ihre Vereinigung mit der Niederländischen Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft zu Ziel, die loyalen Bedingungen und die im Falle von Schäden nach dem Grundsätze der Billigkeit seither vorgenommenen raschen Erledigungen gewinnen derselben ein ungetheiltes Vertrauen.

Genannte Gesellschaft hat uns Vollmacht zum Abschluß von Versicherungen ertheilt, und wir halten zu deren Aufnahme unsere Vermittlung bestens empfohlen. Ueber Prämien etc. geben wir bereitwillig Auskunft. Unser Comptoir Langestraße Nr. 62 eine Etiege hoch. Karlsruhe, im Mai 1861.

Arheidt & Comp., Agenten der Gotha'schen Feuerversicherungsbank, Agentur der Lebensversicherungs- und Cripamirbank Stuttgart, und der Union-Affekuranz zu London.

Bad Gleisweiler. E.-B.-Station Landau in der Rheinpfalz.

Kaltnasserkur, warme und Dampfbäder, Nierenbäder; Gymnastik, Electricität, Mollenkur. — Prospekte (zu beziehen durch G. Kaufler in Landau) ertheilt jede deutsche Buchhandlung, nähere Auskunft der seit 1844 der Seilanstalt vorkommende und in derselben wohnende Arzt Dr. L. Schneider.

Q.306. München. Gelehrten Herren Kollegen mache ich unter Hinweisung auf den vorjährigen Anfallbericht die Mitteilung, daß ich meine Electricische und gymnastisch-orthopädische Heilanstalt für Chronischkranke im Laufe des vergangenen Jahres unter gleichzeitiger Vergrößerung der auf die Kur und die Verbesserung der Pensionäre abzuleitenden Arrangements in die für diesen Zweck erworbenen, mit hübschem Garten versehenen Lokalitäten Burzerstraße Nr. 8 verlegt habe.

Vericht und Programm durch die Buchhandlung von Chr. Kaiser dahier. München, im März 1861. Dr. W. Knorr, praktischer Arzt und Director der Anstalt.

!! Baumwollenspinnerei !! Folgende Maschinen sind zu verkaufen:

- 20 Stück Kraken mit eisernen Cylindern; hölzernen Cylindern; 30 " Streckwerke (Drawing frames); 6 " Vorspinnmaschinen Nr. 1 (Strubbing frames); 8 " Vorspinnmaschinen Nr. 2 (Roving frames); 17 " Mules à 500 Spindeln.

Die Maschinen sind in gutem Zustande und aus den besten englischen Fabriken bezogen; sie können im Ganzen besichtigt werden. Franco Offerten unter Lit. E. # 3. besorgt Herr Heinrich Hübler in Leipzig.

Rhein-Dampfschiffahrt.

Kölnische und Düsseldorf dorf Gesellschaft. Abfahrten von Mannheim vom 16. März 1861 täglich 6 Uhr Morgens nach Köln-Düsseldorf-Arnhem, Montags, Dienstags, Donnerstags und Samstags in 32 Stunden nach Rotterdam, Dienstags und Donnerstags nach London, 12 Uhr Mittags nach Coblenz, von Mainz täglich 7 1/2, 9 1/2, 11 Uhr Morgens nach Köln, 4 Uhr Mittags nach Coblenz.

Die Agentenschaft Claasen & Reichard.

Hamb.-Amerik. Paketf.-Act.-Gesellschaft. Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York.

eventuell Southampton anlaufend: Post-Dampfschiff Savaria, Capt. Meier, am Sonntag Morgen, den 2. Juni, Post-Dampfschiff Hammonia, Capt. Schwensen, am Sonntag Morgen, den 16. Juni, Post-Dampfschiff Teutonia, Capt. Taube, am Sonntag Morgen, den 30. Juni, Post-Dampfschiff Saxonia, Capt. Ehlers, am Sonntag Morgen, den 14. Juli, Post-Dampfschiff Borussia, Capt. Teutmann, am Sonntag Morgen, den 28. Juli.

Passagepreise: Nach New-York Erste Kajüte Thlr. 100, Zwischendeck Dr. Ort. Thlr. 60. Nach Southampton Erste Kajüte Thlr. 4, Zweite Kajüte Thlr. 2. 10, Zwischendeck Thlr. 1. 5.

Die Expeditionen der obigen Gesellschaft gehörenden Segelpostschiffe finden statt: nach New-York am 15. Juni per Postschiff Necker, Capt. Wrolin, nach Quebec am 1. Juni per Postschiff Elbe, Capt. Völl.

Näheres zu erfahren bei August Volten, Wm. Müller's Nachfolger in Hamburg, dessen Agenten: Karl Hund in Achern und dem Central-Expeditions-Bureau Mannheim Walter, Reinhardt & Müller.

In Folge eines neuerdings mit dem General-Postamt in Washington abgeschlossenen Postvertrags haben die bisherigen Abgangstage am 1. und 15. jeden Monats aufgegeben und, wie oben näher angegeben, abgeändert werden müssen. R.507.

T.499. Straßburg. Ein tüchtiger Ackermann, der verheirathet sein muß und den Gartenbau versteht,

T.591. Nr. 1672. Dorf Rehl. Pferde-, Omnibus- und Droschkenversteigerung.

Die hiesige Omnibusgesellschaft läßt am Mittwoch den 29. Mai d. J., Nachmittags 2 Uhr, beim Gasthaus zur Post daber in Rehl 9 Pferde, 7 Omnibus, 4 Droschken, 1 Fourrage- oder Gepädwagen und Pferdegeschirre öffentlich an die Meistbietenden versteigern; wozu Liebhaber hierdurch eingeladen werden. Dorf Rehl, den 22. Mai 1861. Das Bürgermeisteramt. Frech.

T.582. Nr. 504. (Brennholzversteigerung im Forstbezirk Schwesingen.) Aus dem Waldabtheilungen Biegelwegschlag und Riesgrube in der Forstomäne Hardt, auf beiden Seiten der Schwesinger-Bodenheimer Staatsstraße gelegen, werden lose-weise und mit der üblichen Zahlungsfrist versteigert, Dienstag den 28. Mai: 687 Klafter forstene Scheit-, Klotz- und Brägelholz.

Die Verhandlung wird früh 9 Uhr im Aderwirthshaus zu Herten ihren Anfang nehmen. Domänenwaldwirth Kuhnle und Hauerobmann Raber von Hertenheim werden dieses Holz auf Verlangen täglich vorzeigen. Schwesingen, am 21. Mai 1861. Großb. bad. Bezirksforst. A. Cron.

T.380. Nr. 3549. Radolfzell. (Aufforderung.) Johann Baptist Duttler von Degglingen, Soldat im III. groß. Infanterieregiment, ist am 4. d. M. nach Verbüßung eines nicht unbedeutlichen Diebstahls aus der Garnison entlassen. Er wird aufgefordert, sich binnen sechs Wochen bei seinem Kommando oder darüber zu stellen, widrigenfalls er des Bruchs und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt, in eine Gefängnisstrafe von 1200 fl. und in die Kosten verurteilt würde. Ueber dessen Verbleiben wird Bescheid verfügt. — Radolfzell, den 15. Mai 1861. Großb. bad. Bezirksforst. Stättmann.

T.593. Vörsach. (Aufforderung.) Der lobliche Johann Ludwig Pfister, Säger von Ebingen bei Vörsach, ist angeheuligt, im März d. J. dem Martin Haurie von Humringen einen Nussbaumstamm verkauft und den Erlös mit 6 fl. unterschlagen zu haben. Er wird aufgefordert, sich in 14 Tagen zur Verantwortung hier zu stellen, als sonst das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt würde. Vörsach, den 21. Mai 1861. Großb. bad. Amtsgericht. Kerkenmaier.

T.588. Nr. 4372. Durlach. (Diebstahl und Falschmünz.) Am 2. d. M. wurde aus dem Stall des Grünbaumwirthshauses in Königsdorf ein gut erhaltenes, weißwollenes Pferdegeschirr entwendet. An zwei Ecken ist derselbe mit den Buchstaben B. F. B. und einem Posthorn schwarz gezeichnet. In der Mitte des Teppichs ist der Name „Bittroff“ mit großen Buchstaben ebenfalls schwarz eingeschrieben. Befuchs der Falschmünz wird den Teppich und den zur Zeit noch unbekanntem Thäter bringen wir dies zur öffentlichen Kenntniß. — Durlach, den 17. Mai 1861. Großb. bad. Amtsgericht. Gaupp.

T.584. Nr. 7166. Bruchsal. (Aufforderung.) Der Regimentsreferent Johann Georg Feldmann von Helmheim, aus der Altersklasse 1835, hat sich seit einigen Jahren ohne Erlaubniß von dem kaiserlichen und soll nach Amerika ausgewandert sein. Derselbe wird aufgefordert, binnen 2 Monaten sich zu stellen, widrigenfalls derselbe des Bruchs und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und der gesetzliche Abzug seines Vermögens ausgeprochen würde. Auch wird dessen Vermögen mit Beschlagnahme belegt. Bruchsal, den 21. Mai 1861. Großb. bad. Oberamt. Leiber.

T.472. Nr. 4167. Krauthelm. (Bürgermeisterwahl.) Bei der am 16. v. M. in Schwiegers stattgehabten Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Martin Rapp wieder gewählt, von groß. Kreisregierung bestätigt und heute verpflichtet. Krauthelm, den 16. Mai 1861. Großb. bad. Bezirksamt. Danner.

T.471. Nr. 4168. Krauthelm. (Bürgermeisterwahl.) Bei der am 17. v. M. in Sachens stattgehabten Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Friedrich Dohl wieder gewählt, von groß. Kreisregierung bestätigt und heute verpflichtet. Krauthelm, den 16. Mai 1861. Großb. bad. Bezirksamt. Danner.

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Mittwoch, 22. Mai.

Table with columns for Staatspapiere, Anleihen-Loose, Wechsel-Kurse, and Gold-Sorten. It lists various financial instruments and their current market prices.